

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

**Wortprotokoll**

**über die**

**13. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Dienstag, dem 5. Juni 2007**

**(17.20 Uhr bis 00.15 Uhr)**

6.	Wahl von zwei hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtinnen/Stadträten) .....	34
6.1	Bericht des Ältestenausschusses als Wahlvorbereitungsausschuss zur Wahl von zwei hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtinnen/Stadträten) .....	34
	Stadtverordneter Markus Frank, CDU: .....	35
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	38
	Stadtverordneter Olaf Cunitz, GRÜNE: .....	40
	Stadtverordneter Hans-Joachim Viehl, LINKE.WASG: .....	42
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	43
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG: .....	44
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF: .....	46
	Stadtverordnete Jutta Difurth, ÖkoLinX-ARL: .....	47
	Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.: .....	50
6.2	Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat).....	51
	Stadtverordneter Volker Stein, FDP: .....	52
6.3	Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat).....	52
	Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, CDU: .....	53
7.	Amtseinführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung der gewählten hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtinnen/Stadträte) gemäß § 46 HGO .....	53
	Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth: .....	53
	Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, CDU: .....	54
	Stadtverordneter Volker Stein, FDP: .....	54
8.	Feststellung und Einführung der Listennachfolgerin/des Listennachfolgers gemäß §§ 33 und 34 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) in Verbindung mit § 1 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (GOS) .....	55
9.1	Sanierung/Umbau, Neubau/Erweiterung, Instandsetzung, Finanzierung und Betrieb von städtischen Schulen und angeschlossenen Einrichtungen im PPP-Verfahren .....	55
	Bericht des Magistrats vom 09.03.2007, B 153	
	<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE.WASG vom 31.05.2007, NR 483	
	<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE.WASG vom 04.06.2007, NR 484	
	<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE.WASG vom 04.06.2007, NR 485	

Es ist natürlich ein Unding, was hier passiert. Wir sollen hier zwei Dezernenten wählen, von denen einer zumindest unnötig ist. Ich will mich da differenziert äußern, denn einen Sozialdezernenten oder eine Sozialdezernentin braucht man sicherlich, das ist ein großes Gebiet, dafür muss jemand politisch verantwortlich sein. Das hätte man natürlich auch anders lösen können, aber Sie lösen es halt jetzt so. Wir werden mit Nein stimmen, denn wir sehen nicht ein, dass wir uns instrumentalisieren lassen für irgendwelche Erwägungen zwischen diesen CDU-Flügeln. Das ist mir alles sehr fremd; damit will ich mich überhaupt nicht befassen. Aber der andere Dezernent, Herr Stein, ist natürlich restlos unnötig. Das wissen Sie auch. Es gibt nur einen einzigen Grund, warum Herr Stein nachher gewählt wird, und zwar, weil die FDP als Mehrheitsbringer in allen Fällen gebraucht wird. Darum wird es eine Versorgung geben. Mit Versorgung - das ist vorhin schon angekungen - hat man es in dieser neuen Koalition sehr stark. Ich denke - Herr Oesterling hat es auch schon einmal angesprochen - es gab in letzter Zeit mehrere Fälle von Versorgung. Mir fallen da einige Namen ein, die brauche ich jetzt nicht zu nennen, weil die Ihnen ohne Weiteres auch einfallen. Dabei geht es also darum, dass hier Leute irgendwelche Positionen bekommen, die verdiente Parteigänger sind oder die eine bestimmte Funktion zur Wahrung Ihrer Mehrheit für Sie erfüllt haben. Genau das ist der Grund, warum uns nachher Herr Stein aus unserer Mitte geraubt wird - ich sage das einmal so -, denn wir verlieren ein wirklich unterhaltsames Mitglied unserer Stadtverordnetenversammlung. Er wird sozusagen auf diese Bank geschoben. Er wird ohne Sinn und ohne wirkliche Funktion dorthin geschoben. Die Erwägung, die Herr Dr. Rahn geäußert hat, sind Erwägungen, die man noch fortsetzen könnte. Da fiele mir auch noch einiges ein, wofür man Herrn Stein gebrauchen könnte.

Tatsache ist doch, dass es ein absolutes Unding ist und vor allem ein Unding für Ihre Fraktion. Wir wählen ihn ja nicht, wir stimmen mit Nein, aber Ihre Fraktionen sollen ihn ja wählen. Sie haben jetzt noch keine Ahnung, was Sie da veranstalten. Sie wählen blindlings, Sie wählen ins Blaue. Das ist die größte Beleidigung einem Parlamentarier gegenüber, dass man noch nicht einmal

weiß, wenn ich zur Wahlurne gehe, wofür ich das Ganze mache. Diese Beleidigung wollen wir nicht auf uns sitzen lassen. Wir werden mit Nein stimmen; nicht, weil wir etwas gegen Herrn Stein hätten - ich habe eine ganze Menge Sympathie für ihn, aber so weit kann es natürlich nicht gehen, dass ich ihn nur aus Sympathie wähle.

Ein Gutes hat es: Wir wissen aus der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, dass Herr Stein mit pathetischer Stimme gesagt hat, er sei der letzte Sozialdemokrat. Wir freuen uns doch ein bisschen mit, dass der Magistrat wieder einen Sozialdemokraten hat. Direkt oder indirekt, so hat auch diese Wahl etwas Gutes, auch wenn wir nicht mitmachen. Sie wählen dann den letzten Sozialdemokraten. Es gibt also doch noch ein Viererbündnis; es besteht nur ganz heimlich.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Hübner! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneter Ditfurth.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Schönen guten Abend!

Ich möchte Herrn Stein jetzt doch einmal verteidigen. Darf ich mich vorstellen? Headhunterin für Ladenhüter. Im Sonderangebot steht ein Realschullehrer, rechter Christ mit geordnetem Familienleben, ein Reserveobst - pardon, Reserveoberst -, und wie alle, die ständig Ideologiefreiheit predigen, ist er ein extrem dogmatischer Ideologe. Nehmen Sie ihn in den Magistrat, bitte, denn er kennt den Feind. Er passt prima in schwarz-grüne Magistrate, denn er benennt den Feind auch und sagt - alles, was ich jetzt im Folgenden an Blödsinn sage, stammt von Herrn Stein, alles Originalton, ich will nur nicht jedes Mal „Zitat“ sagen -: „Die Kleinmarkthalle ist wegen der Preisstruktur nicht das ureigenste sozialdemokratische Einkaufsgebiet und ist glück-

licherweise einer der wenigen sozialdemokratenfreie Räume in dieser Stadt.“ Dann wurde er von Gert Wagner gefragt, woran man denn sozialdemokratische Käufer erkennt. Stein sagte: „Ich sehe das an der Spießigkeit, wie die Groschen bei Pistazienkernen für 14 Euro umgedreht werden.“

Genau wegen dieser Analysekraft bietet ihn seine Fraktion auf der Website als „politisches Schwergewicht“ an. Wie sehen denn dann die anderen Mitglieder aus? Er passt doch so gut zum schwarz-grünen Magistrat. Er sagt ja selbst, dass das Koalitionspapier dieses Magistrats in wesentlichen Formulierungen aus dem FDP-Wahlprogramm stammt. Na, da werden sich die GRÜNEN aber freuen. 2006 haben die GRÜNEN dem Oberst vorgeworfen, erneut in unerträglicher Weise gegen lesbisch-schwule Projekte und Fraueninitiativen polemisiert zu haben, „nach dem Vorbild eines Jürgen Möllemann mit Scharfmacherparolen im trüben Gewässer der rechten Wählerländer“, so Marcus Bocklet. Er sagte dann auch: „Wer bei den Kommunalwahlen sein Kreuz bei der Frankfurter FDP macht, muss wissen, dass diese Stimmen an unverantwortliche Scharfmacher gehen.“ Nun denn, heute sind der grüne Reservist und der blau-gelbe Reservist best buddies. Wie wäre es dann, weil er nichts zu tun hat, mit dem Sozialdezernat? Er ist doch hoch qualifiziert. Dieser Reserveoberst lässt sich nämlich nicht von den Klagen der Modernisierungsverlierer einlullen und sagt so etwas wie: „Wer nicht bei dem Modernisierungsprozess dabei ist, der muss eben außen vor bleiben.“ Er will die Streichung von 50 Prozent der freiwilligen sozialen Leistungen, die diese Stadt zahlt. Er kann nicht verstehen, dass wir im zehnten Jahr nacheinander noch immer Brunnen in Nicaragua bauen. Für sein Gehalt könnten viele Brunnen gebaut werden.

Er ist auch global topfit. Er hat nämlich nicht nur sein Leben lang in Frankfurt gewohnt, er war auch schon einmal beruflich im Ausland - in Offenbach.

(Heiterkeit)

Der Kandidat ist auch interdisziplinär. Er verknüpft den militärischen Blick auf die Welt mit einem inhumanen, wenn er - wie wir es schon mehrfach erlebt haben - wie ein

reichsdeutscher Offizier über Hereros redet und Inhaberinnen und Inhabern von Sozialpässen vorwirft, dass sie es wagen, am helllichten Vormittag unverschämterweise schwimmen zu gehen und seinen edlen Heldenkörper und den seiner neoliberalen Kumpane mit ihrem ärmlichen Outfit zu belästigen. Als Militär versteht er etwas von schmerzhaften Befreiungen. „Einkommensgestaffelte Kindergartengebühren sind“, sagt er, „sozialistische Martermethoden, mit denen man die Leistungsträger dieser Stadt vertreibt.“ Und er sagt: „Kinder von Arbeitslosen verstopfen in hohem Maße die raren Ganztagsplätze in Frankfurt. Rund 30 Prozent der Ganztagsplätze in dieser Stadt“ - stellen Sie sich diese Katastrophe vor - „werden von Kindern von Arbeitslosen belegt.“ Und weiter: „Das halte ich für zutiefst unsozial gegenüber den Leistungsträgern in dieser Stadt.“ Soll doch keiner sagen, dieser Kandidat hat kein Herz für seine wahren Freunde. Er bedauert die niedrigen Immobilienpreise und findet es schade, dass die Gewerbesteuer nicht noch weiter gesenkt wird.

Der Kandidat ist bekanntermaßen auch schonungslos selbstkritisch. Er sagt nämlich, er sei lieber nicht in der Opposition, und zwar aus intellektuellen Gründen. Welche Einsicht! Er macht sich als fundamentaler Christ große Sorgen, dass die Menschen im Allgemeinen zu spät vor diesen sogenannten lieben Gott treten. Sie leben einfach zu lange, besonders dann, wenn sie im Dienst der Stadt Frankfurt sind. Er sagt: „Personalentscheidungen begleiten uns über ein Arbeitsleben von 40, gegebenenfalls auch 50 Jahren. Wenn die Leute auch noch alt werden und die Stadt Frankfurt die Pensionen in großer Größenordnung zahlen muss“, - weil die Leute einfach nicht wegsterben und die Lebenserwartung auch noch steigt -, „sind das weitere Kosten.“ Die Pensionszeit, die ein städtischer Bediensteter erlebt, müssen wir, wie er sagt, „hochrechnen auf 60 oder 70 Jahre.“ Oh Gott, ist es da nicht unverantwortlich, neue Leute einzustellen? Das gilt nicht für alle, für den Magistrat gilt es nicht. Dazu sagte er: „Ich habe den Vorschlag gemacht, die Organe der Stadt Frankfurt am Main zu reduzieren. Was geht an Demokratie über die Wupper“ - na gut, das Ding heißt Main - „wenn in diesem Haus zwölf Kollegen weniger sitzen? Überhaupt nichts. Was geht an Demokratie verloren, wenn wir statt

70 Stadtbezirksvorstehern 45 haben? Überhaupt nichts. Es ist ein gutes Zeichen, dass auch die politischen Führungskräfte ...“ und so weiter. Als aber Lothar Reininger ihn dann einmal fragte, ob die zweiprozentige Haushaltssperre auch für den Magistrat gelte, da antwortete der Reserveoberst Stein, er verstehe diese Frage nicht.

Wie wäre es also mit einem Dezernat für deutsche Leitkultur? Ich nenne einmal Beispiele, denn in dieser Stadt gibt es viele Menschen, die Schwierigkeiten mit Deutsch haben. Zur Gaspreiserhöhung sagte der Reserveoberst: „Auch die Frau Oberbürgermeisterin kann ich nicht ganz aus einem Fehlverhalten ausschließen.“ Oder zur Stadtplanung: „Ein hässliches Haus wird, auch wenn schönste Architektur darauf ist, immer nur ein hässliches Haus hinterlassen.“ Was soll uns das sagen? Oder zur Kultur: „Der Rest wird uns in einem fairen Gedankenaustausch in der Geschmacksfrage wieder etwas ein.“ Wir können alles Mögliche von ihm lernen. Lehrer bleibt immer Lehrer. Er sagt zum Beispiel auch - das war für mich sehr aufschlussreich -: „Wenn ich nicht ganz so hungrig bin, gehe ich in der Kleinmarkthalle nach vorne und esse drei achteil Fleischwurst, wobei ich dann den Verkäuferinnen und Verkäufern mitteilen muss, was drei achteil eigentlich sind.“ Oder wie wäre es als Umweltdezernent? 40 Jahre nach Beginn der Ökologiebewegung hat Herr Stein begriffen, dass ihn die Klimafrage bewegt. Die Schlussfolgerungen sind natürlich für seine Freunde investive Maßnahmen. Eines der Projekte, die ihm konkret zur Klimarettung einfielen, war irgendein Sanierungsprojekt für den Palmengarten. Ich finde, wir haben hier in Frankfurt den Schlüssel zur Klimarettung gefunden, wir sollten sofort ein Telegramm nach Heiligendamm schicken. Die GRÜNEN verstehen aber inzwischen auch so viel von Ökologie wie er. Deswegen bedankt sich Herr Stein bei den GRÜNEN dafür, dass sie ihre Widerstände gegen den Autobahnanschluss im Osten, A 661a/A6, abgelegt haben. Über Frankfurt sagt er - und zwar kann man das in fast jeder zweiten Rede finden, und man glaubt nicht, wie viel Erkenntnis darin liegt -: „In Frankfurt haben wir einen Flughafen und ein attraktives großes Autobahnkreuz, an dem sich zwei große Autobahnen begegnen.“ Sonst gäbe es ja auch kein Kreuz. Und er sagt - oh Wunder:

„Wir haben einen Eisenbahnknotenpunkt, der die Züge nach Frankfurt bringt.“ Das ist großartig. Ich weiß zwar nicht, wie dieser Eisenbahnknotenpunkt es macht, aber es ist großartig.

Was soll überhaupt das Gemecker über zu viel giftige Luft und zu großen Lärm in Frankfurt? Dieser reservierte Offizier weiß. Die Berliner und Berlinerinnen haben in der Zeit der Luftbrücke ganz gewiss nicht über den Fluglärm geklagt. Soll das jetzt die Strategie für Sachsenhausen sein, Hungersnöte zur Relativierung der Probleme?

(Beifall, Heiterkeit)

Falls Sie immer noch nicht wissen, wozu er Ihnen nützen könnte, es ist ganz einfach: Der Kerl hat keine einzige politische Position, die er nicht für eine Magistratsposition aufzugeben bereit ist. So einfach ist das. Hören Sie nicht darauf, was er gestern noch sagte: dass er mit großem Entsetzen zur Kenntnis nimmt, dass das Technische Rathaus zurückgekauft werden soll und dass er die Bündnispartner dringend davor warnt, dieses finanzpolitische Abenteuer einzugehen. Aber inzwischen ist ihm der heilige Magistratsgeist begegnet. Natürlich wird er heute gewählt, das war vorher schon klar, wir machen da nur so eine Art Vollzug der Dinge - na ja, eben Demokratie. Aber wissen Sie, warum es zwischen dieser Bank dort und dem Bereich hier vorne so glitzert? Das ist die breite Schleimspur, die er seit 14 Monaten zieht, indem er regelmäßig herumsülzt wie eine große Platte Aspik.

(Zurufe)

Er hat aber eine Doppelstrategie. Das, was wir von ihm wissen und die Art, wie er sich seit 14 Monaten aufführt, ist Teil einer Doppelstrategie, die er angekündigt hat, als er sagte: „Als Offizier der Reserve weiß ich, dass man Einnebeln, Täuschen und Tarnen als Instrumentarium nutzt, wenn man Schwächen hat, wenn man selbst nicht genügend Kampfkraft hat.“ Zum Schluss möchte ich Sie aus ethischen Gründen als Headhunterin für Ladenhüter darauf hinweisen, dass der Kerl echt gemein werden kann, wenn Sie ihn nicht wählen. Um Ihrer Gesundheit willen: Tun Sie es. Falls Sie kein

Dezernat für Ihn haben, schaffen Sie eines, irgendeines, bitte!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Frau Ditfurth! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Brillante, Europa-Liste.

**Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:**

Herr Vorsteher,  
meine Damen und Herren!

Wir erleben zurzeit in eine Krise der parlamentarischen Demokratie. Ein Zeichen dafür ist die Politikverdrossenheit. Immer öfter hört man von Bürgern: Ich gehe nie wieder wählen. Daran ist die Politik - oder besser - daran sind die Politiker schuld. Sie haben das Vertrauen der Bürger verspielt. Aber vielen Bürgern genügt es in einer Demokratie nicht mehr, alle vier oder fünf Jahre einmal ein Kreuzchen zu machen; sie wollen mitentscheiden. Die Politiker glauben jedes Mal nach der Wahl einen Blankoscheck erhalten zu haben. Bürgerbegehren sind in Deutschland ein Fremdwort und in Frankfurt genauso. Die Hürden sind so hoch gesetzt, dass jeder Versuch zum Scheitern verurteilt ist. Vor allem aber hat sich die Politik in der jüngsten Zeit als unfähig erwiesen, die sozialen und ökonomischen Veränderungen, die sich nach dem Fall der Mauer rasant beschleunigt haben, in eine soziale Marktwirtschaft einzubetten. Die Suche nach einer sogenannten modernen Politik, sprich der SPD, ist nichts anderes als ein Ausverkauf aller Errungenschaften, die sich die abhängig Beschäftigten in Jahrzehnten erkauf hatten. Ich brauche über die Ein-Euro-Jobs überhaupt nicht zu reden. Ich brauche auch nicht zu erwähnen, dass viele Bürgerinnen und Bürger mittlerweile von ihren Einkommen nicht leben können. Allein in Frankfurt müssen 8.000 Vollbeschäftigte noch Hartz-IV-Gelder in Anspruch nehmen. Beschäftigte sollen ausgelagert werden, sollen weniger verdienen und dafür mehr arbeiten, siehe Telekom. Während das Unternehmen Milliardengewinne ausweist, sollen gerade

die Beschäftigten, die diesen Erfolg erwirtschaftet haben, weniger bekommen. Das ist der helle Wahnsinn.

In Frankfurt ist das nicht anders. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Kommunalwahl lag gerade einmal bei 40 Prozent. Welche Rückschlüsse ziehen die Kommunalpolitiker daraus? Überhaupt keine. Im Gegenteil, es wird weiter auf dem Rücken der Bürger und Bürgerinnen Politik betrieben. Was hier in diesem Haus gerade geschieht, ist hierfür symptomatisch. Heute soll ein Stadtrat gewählt werden aus politischer Kungelei. Andere Gründe sind nicht ersichtlich. Das widert die Bürger an. Der Stadtrat ist überflüssig und gehört nicht der schwarz-grünen Koalition an. Es gibt keine schwarz-grün-gelbe Koalition, es gibt eine schwarz-grüne Koalition. Die Zeichen reichen bei Weitem. Wir verstehen nicht, weshalb ein Herr Stein heute noch zum Stadtrat gewählt werden soll. Er soll wahrscheinlich nur deshalb gewählt werden, weil er und die FDP bei bestimmten Anlässen auf Kommando mit dem Schwanz gewedelt haben. Der neu zu wählende Stadtrat gehört einer Partei an, die bis vor kurzem nicht müde war zu fordern, dass der Magistrat verkleinert werden solle. Wie kann man jetzt so dreist sein und sich selbst zur Wahl stellen? Das ist bestimmt nicht der Wunsch der Wähler. So wird Politikverdrossenheit gefördert. Während die gleiche Partei sich immer für eine Konsolidierung des städtischen Haushalts eingesetzt hat und dafür selbst bei wichtigen Ausgaben wie dem Schulsozialgeld sparen will, nimmt sie jetzt in Kauf, dass Kosten von Hunderttausenden von Euro entstehen, nur weil ein Herr Stein zum Stadtrat gewählt werden soll. Ich bin bei Weitem kein Befürworter einer Politik, die Gelder verschwenden soll, aber es gibt dringende Projekte, die finanziert werden sollten. Eines davon ist die Schulsozialarbeit. Bei der Schulsozialarbeit soll nicht gespart werden, liebe FDP.

Frankfurt ist, wie bekannt, eine Stadt mit einem hohen Anteil von Bürgern mit Migrationshintergrund. Auch diese Menschen werden alt. Das Altenhilfesystem in Frankfurt hat sie lange übersehen. Immer noch besteht hier ein großer Handlungsbedarf. Es gibt viele ältere Migranten in dieser Stadt, die vom alten System überhaupt nicht berührt werden. Sie kennen es überhaupt nicht. Viele